

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

das beherrschende Thema dieser Woche war die heutige **Abstimmung zu Griechenland**. Ich habe den Griechenland-Hilfen nach einer ausführlichen Debatte in der SPD-Fraktion zugestimmt. Mir ist klar, dass auch das neue Maßnahmenpaket, das die Euro-Finanzminister in der Nacht zum Dienstag geschnürt haben, nicht ausreicht. Für mich stand jedoch die Frage im Mittelpunkt: Was passiert, wenn die SPD dagegen gestimmt hätte? Erstens wäre dies schlecht für Griechenland, da dort eine schnelle Entscheidung notwendig ist, um das Land überhaupt vor der Pleite zu bewahren. Zweitens wäre dies ein verheerendes Signal für Europa gewesen – es hätte geheißen, dass die deutschen Sozialdemokraten den Euro und Griechenland aufgeben. Drittens wäre uns vorgeworfen worden, dass wir nur aus wahltaktischen Gründen dagegen seien.

Ich bin nicht glücklich mit der aktuellen Krisenpolitik, die immer nur kurzfristig handelt. Wenn wir Sozialdemokraten in der Regierung sind, werden wir dies besser machen. Dazu gehört, dass wir weitere Hilfen mit einem Investitionsprogramm verknüpfen, anstatt nur zu sparen. Derzeit bleibt uns aber nur die Wahl: Stimmen wir dem notwendigen, wenn auch bei weitem nicht ausreichenden Paket zu oder lehnen wir das Notwendige ab?

Das Paket besteht aus einer Zinssenkung beim ersten Rettungspaket, einem Zinsaufschub beim zweiten Rettungspaket, einem Schuldentrückkauf und dem Verzicht auf Zentralbank-Gewinne. Die ungedeckte Finanzlücke soll dadurch verschleiert werden. Eigentlich ist vielen Akteuren klar: Griechenland braucht einen erneuten Schuldenschnitt, um wieder zu tragfähigen öffentlichen Finanzen zu kommen. Angela Merkel aber will diesen Offenbarungseid ihrer gescheiterten Euro-Politik vor der Landtagswahl in Nieder-



Berlin-Brief, Ausgabe 129
30. November 2012

Meine Termine

**10jähriges Jubiläum Jugendhaus
Güglingen**

30.11.2012, 19 Uhr, Güglingen, Jugendhaus, Stadtgraben

**Fachgespräch des SPD-Fachbeirates
Europa zum Tarifreugesetz**

1.12.2012, 11 Uhr, Stuttgart, Landtag, Friedrich-Ebert-Saal

AfA-Landesvorstand

2.12.2012, 20 Uhr, Stuttgart, SPD-Landesgeschäftsstelle

**SPD-Bundesparteitag mit Nominierung
des Kanzlerkandidaten**

9.12.2012, 11 Uhr, Hannover, Deutsche Messe

Sitzungswoche des Deutschen Bundestages

10. bis 14.12.2012, Berlin

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030-227-70107

josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro

Untere Neckarstr. 50

74072 Heilbronn

Tel. 07131-783616

josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:

www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!

sachsen im Januar und vor der Bundestagswahl im kommenden September unbedingt vermeiden und hält mit der Wahrheit hinterm Berg. Deshalb ist es auch für Europa wichtig, dass es im nächsten September in Deutschland einen Regierungswechsel gibt!

Vergangenen Samstag tagte der SPD-Parteikonvent – ein kleiner Parteitag. Dort wurde ein **zukunftsweisendes Rentenkonzept** beschlossen. Ich hatte an dieser Stelle bereits mehrfach über die Diskussion innerhalb der Partei berichtet. Am Ende ist eine für alle tragbare Lösung herausgekommen: Der Kampf gegen Erwerbsarmut ist der wichtigste Kampf gegen Altersarmut. Denn nur aus guten Löhnen werden gute Renten. Wer aber schon lange Jahre mit geringen Löhnen versichert war, soll nicht befürchten müssen, auf Sozialhilfeniveau zu fallen. Eine Solidarrente von 850 Euro wird mehr Gerechtigkeit für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bringen. Wer am Ende eines Erwerbslebens nicht mehr kann, soll auf faire und gesicherte Übergänge in den Ruhestand vertrauen können. Dazu gehören die Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente, aber auch die Garantie, dass man nach 45 Versicherungsjahren abschlagsfrei in Rente gehen kann. Wir werden außerdem die Rentenberechnung in Ost und West bis 2020 angleichen.

Das ist ein umfassendes Konzept. **Die schwarz-gelbe Regierung bietet dagegen nur Scheinlösungen.** Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP hieß es: „Rente ist kein Almosen. Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat, der hat auch einen Anspruch auf eine gute Rente.“ Herausgekommen ist nur eine zynisch „Lebensleistungsrente“ genannte Idee, die „knapp oberhalb der Grundsicherung“ liegen soll. Im Klartext: Es soll ein paar Euro drauf geben – und da sind wir wieder bei den Almosen, die der Staat verteilt.

Abschließend möchte ich auf eine **derzeit laufende Umfrage der Techniker Krankenkasse zum Pulsus-Preis** hinweisen. **Dr. Peter Trunzer** aus Bad Rappenau, der seit langen Jahren im Beruf und im Ehrenamt sozial engagiert ist, ist als „Arzt des Jahres“ nominiert. Ich würde mich freuen, wenn Sie Dr. Peter Trunzer bei der Abstimmung unterstützen würden! Wie das geht, erfahren Sie unter <http://www.tk.de/tk/gesundheitspreis-pulsus/wer-ist-ihr-favorit-2013/stimmen-sie-ab/404936>.

Im Anhang erhalten Sie zudem meine **Rede** von Donnerstag zu einem von mir initiierten Antrag zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Hausangestellten.

Mit freundlichen Grüßen

